



Christiane Bader

„Case Management im Dialog“: Case Management und Politik

Podiumsdiskussion auf der Case Management-Fachtagung
im Oktober 2018 in Freiburg

Am 5. Oktober fand die alljährliche Freiburger Fachtagung Case Management statt, bei der sich alles um das Thema „Case Management und Politik“ drehte. Zwischen den vier Hauptvorträgen am Vormittag und vor den arbeitsfeldbezogenen Workshops des Nachmittags stand bei dieser eintägigen Veranstaltung wieder die Podiumsdiskussion „Case Management im Dialog“ auf dem Programm. Prof. Dr. Thomas Klie diskutierte diesmal mit Theresia Denzer-Urschel von der Agentur für Arbeit Freiburg, Staatssekretärin Bärbl Mielich (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Bernd Maelicke vom Deutschen Institut für Sozialwirtschaft Kiel/Hamburg und Prof. Dr. Wolf Rainer Wendt von der DGCC.

Klie spricht zunächst Denzer-Urschel auf die Problematik der Menschen an, die ohne eine Perspektive der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt in struktureller Dauerarbeitslosigkeit verbleiben, und denen in strukturschwachen Regionen nun eine Perspektive gegeben werden soll, wieder an Arbeit zu kommen. Klie fragt Denzer-Urschel zurück, wie diese Aufgabe angegangen werde, ohne die klassische Rechtfertigungslogik der üblichen Förderinstrumente anzuwenden. Denzer-Urschel antwortet, es brauche bestätigte Regelinstrumente, mit denen Menschen, die schon lange in Arbeitslosigkeit und im Leistungsbezug seien, wieder sukzessiv in den Arbeitsmarkt integriert werden können, auch wenn dies eine umfangreiche und lange Förderung benötige. Es brauche auch den Weg aus der sogenannten Beschränkungstrias, also dass alle Arbeiten im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt zusätzlich ausgeführt werden müssen und im öffentlichen Interesse. Im Moment werde nachgeschaut, welche Personen in Betracht kämen. Ebenfalls wichtig sei, sich zu orientieren, welche Arbeitgeber angesprochen werden könnten. Es gebe bereits Erfahrungen aus Vorläuferprogrammen, die nun in ein Regelinstrument des SGB II einfließen könnten.

Klie möchte von Denzer-Urschel wissen, ob sie im Hinblick auf die Vorträge vom Vormittag Diskrepanzen zwischen politischer Steuerung und der Logik des Case Managements beobachte. Denzer-Urschel nimmt Bezug auf den Vortrag von Wendt zur Flüchtlingsarbeit und bestätigt, dass es äußerst schwierig sei, die Ebenen zu unterscheiden, auf denen gearbeitet werde. Es sei ihr aufgefallen, dass an der Stelle, wo die Menschen die höchste Bleibewahrscheinlichkeit hätten, die größten Fördermöglichkeiten bestünden. Das seien aber häufig genau die Personen, die diese Fördermöglichkeiten gar nicht mehr bräuchten, weil sie sich ihrem Leben bereits eingerichtet hätten. Wo die Unterstützung eher gebraucht würde, würden die Menschen am wenigsten davon profitieren, weil ihre Bleibewahrscheinlichkeit gering sei. Diese Personen seien am höchsten motiviert, und hier käme aktuell politisch Bewegung rein: Man denke darüber nach, abgelehnten Asylbewerbern, die bereits integriert sind und sich selbst unterhalten können, eine Bleibemöglichkeit zu eröffnen. Die 3-plus-2-Regelung bei der Ausbildung sei ein guter Anreiz. Aber sie sei dort ein Fehlanreiz, wo man junge Menschen in Ausbildung gebe, obwohl sie die Sprache nicht beherrschten, weil sie dadurch Schei-

tern erfahren würden oder das erste Ausbildungsjahr wiederholen müssten. Diese Leute bräuchten einen bereits angepassten Status schon während der Vorbereitung auf die Ausbildung. Bezugnehmend auf den Vormittags-Vortrag von Maelicke möchte Klie von Denzer-Urschel wissen, wie die Bemühungen der Agentur für Arbeit in Fragen der Resozialisierung aussehen. Denzer-Urschel führt aus, es gebe Resozialisierungsbeauftragte in den Jobcentern und Agenturen, und man gehe auch in die Justizvollzugsanstalten. Im Sinne von Prävention werde versucht, so früh wie möglich in die Arbeit mit den Strafgefangenen hineinzukommen, um neben der gesellschaftlichen auch eine berufliche Integration zu begleiten. Es seien im Moment noch kleine Ansätze, aber der richtige Weg.

Klie wendet sich an Bärbl Mielich und weist darauf hin, dass Case Management eine Strategie sei, mit Komplexität in einer methodisch reflektierten Weise umzugehen. Er möchte wissen, wie sie damit umgehe, dass Lobbyinteressen auf der einen Seite und Organisationslogiken auf der anderen Seite es erschweren, Case Management politisch ernsthaft zu implementieren. Mielich antwortet, es sei bei der Quartiersentwicklung rich-



tig gewesen, trägerunabhängig vorgehen und der Kommune „den Hut aufzusetzen“. Auch sei der „Pakt für Integration mit den Kommunen“ einer mit den Kommunen und nicht eine Vereinbarung mit den Trägern. Sie wolle die Kommunen in der Verantwortung halten, stelle aber fest, dass die Umsetzung oftmals nicht gelänge. Die Kommunen würden mit sehr unterschiedlichem Erfolg die Aufgaben an die Verbände delegieren. Mielich glaubt, dass es gar nicht anders gehe, als den Case Management-Ansatz stärker zu manifestieren. Auch beim Ausbau der Pflegestützpunkte stelle sie sich Case Management vor, die Kommunen sollten den Hut aufhaben und trägerübergreifend mit den Kassen zusammenarbeiten. Das sei der richtige Ansatz, aber auch ein mühsames Geschäft.

Klie betont, dass er die Quartiers- und Dorforientierung auch unter demokratiestrategischen Gesichtspunkten begrüße, weil Beteiligung Voraussetzung für Systemvertrauen, Engagement und Wahlbeteiligung sei. Wer mitgestalte, übernehme eher Mitverantwortung und befördere Wandlungsprozesse der Gesellschaft. Er wendet sich an Maelicke und stellt bezugnehmend auf dessen Vormittagsvortrag fest, dass Sozialumorientierung auch bei straffällig gewordenen Menschen offensichtlich notwendig sei. Er möchte wissen, wie mit entgegenstehenden Interessenslagen oder Logiken umzugehen sei, die letztlich verhindern, das umzusetzen, was wissenschaftlich erwiesenermaßen der richtige Weg sei. Maelicke antwortet, das Problem sei, dass der Satz „Solange jemand weggesperrt ist, kann er keine Straftat begehen“ überall gut ankomme. Aber 96 Prozent aller, die ins Gefängnis kämen, würden jedoch wieder entlassen. Deshalb sei die „zweite Halbzeit der Resozialisierung“, die Zeit nach der Entlassung, besonders wichtig. Denn für viele Gefangene

seien die Anstalten nach wie vor „Schulen des Verbrechens“, die konstant hohen Rückfallquoten würden dies belegen. Ursachen dafür lägen in der gewaltdominierten Subkultur in den Gefängnissen, im Drogenhandel und im Abbruch positiver und nachhaltiger sozialer Beziehungen. Wegsperrungen schaffe für die Zeit des geschlossenen Vollzugs nur für die Gesellschaft außerhalb der Mauern Sicherheit. Um dieses Thema geht es auch in Maelickes Buch: Das Knast-Dilemma, Wegsperrungen oder resozialisieren?, Bertelsmann 2015.

Klie fragt Wendt, was das für Politikgestaltung und Politikberatung bedeute. Wendt berichtet, der politische Soziologe Anthony Giddens habe die Kategorie „Life Politics“ ins Spiel gebracht. Das heiße zunächst einmal, dass sich die Bürger selber nach der Logik ihres Lebens politisch relevant verhalten. Die Wechselwirkung zwischen dem Staat und den Bürgern, sei es nun auf der Bundesebene, auf Landesebene bis hin zu den Kommunen, sei ganz wesentlich im Hinblick auf Rechte und Pflichten. Caring Community werde nicht funktionieren, solange man auf ein „Die einen machen mit und die meisten auch nicht und so weiter“ setze. Die Wechselwirkung zwischen dem Staat, der sich dem Bürger nähert, und dieser Entwicklung von den Bürgern her, die zivil ernst genommen werden, sei wichtig. Die Sorgen müssten ernst genommen werden. Gleichzeitig sei die Versorgung infrastrukturell aufeinander abzustimmen. Dabei sollten anstatt Marktgesichtspunkten besser sozialwirtschaftliche

Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. Es sei eine Aufgabe des Case Managements, diese Beziehung wiederherzustellen.

Klie berichtet von sehr deutlichen Infrastrukturunterschieden, die aufzeigten, dass der Markt eine bedarfsgerechte Versorgung auf der Grundlage von bestehenden rechtlichen Ansprüchen nicht organisieren könne. Es brauche eine sozialwirtschaftliche und gemeinwirtschaftliche Perspektive.

Er fragt Mielich, welche Impulse sie von der Tagung mitnehme. Mielich sagt, sie fände es sehr erhellend, dass Case Management ein zentrales Element in unterschiedlichen Politikfeldern und allen Bereichen der Kommune sei, auch im Sinne einer demokratischen Entwicklung. Die Chancen von Case Management lägen darin, dass das Miteinander erleichtert werden könne und dass Menschen passgenaue Unterstützung erhielten.

Klie fragt Denzer-Urschel, nach ihrer Summa von der Tagung. Sie sagt, sie sei in verschiedener Richtung bestärkt worden: hinsichtlich der Wichtigkeit von Beziehungen in der Case Management basierten Arbeit, in dem Streben nach Individualität und bei der Steigerung der Selbststeuerungsfähigkeit der Case Manager. Das Engagement, die Aufmerksamkeit und das Herzblut der Tagungsteilnehmer/innen habe sie als bemerkenswert und ermutigend erlebt.

Klie bedankt sich bei den Teilnehmer*innen der Diskussion.

Christiane Bader

Case Management-Ausbilderin DGCC,
Roggenburg
christianebader@t-online.de
www.christianebader.de

